

16.083

Klimaübereinkommen von Paris. Genehmigung

Accord de Paris sur le climat. Approbation

Zweitrat – Deuxième Conseil

Nationalrat/Conseil national 02.03.17 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.06.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.06.17 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Eine Vorbemerkung: Sie haben eine korrigierte Fahne erhalten. Der Antrag der Minderheit Hösli war bei der Erarbeitung der Fahne verlorengegangen. Sicherheitshalber reichte Herr Hösli dann einen Einzelantrag ein. Inzwischen ist die Fahne entsprechend korrigiert worden, ergo hat Herr Hösli seinen Einzelantrag zurückgezogen. Die Minderheit Hösli ist nun auf der Fahne aufgeführt.

Luginbühl Werner (BD, BE), für die Kommission: Die Botschaft des Bundesrates vom 21. Dezember 2016 zur Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris ist Teil eines Paketes aus drei Vorlagen: erstens dem bilateralen Abkommen mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelsysteme, zweitens der Totalrevision des CO₂-Gesetzes und drittens dem eigentlichen Übereinkommen.

Das Übereinkommen von Paris ist bereits am 4. November 2016 in Kraft getreten. An der ersten Vertragsparteienkonferenz vom November 2016 in Marrakesch nahm die Schweiz als Beobachterin teil. Die Verhandlungen für die Umsetzungsrichtlinien beginnen 2017. Damit die Schweiz aktiv an den Verhandlungen teilnehmen kann, muss sie das Übereinkommen von Paris ratifizieren und Vertragspartei werden. Das ist auch der Grund, warum das Übereinkommen nicht als Teil des Gesamtpaketes behandelt wird, sondern vorgezogen worden ist. Die beiden anderen Geschäfte kommen später. Der Nationalrat hat dem Bundesbeschluss und damit der Ratifikation des Übereinkommens durch den Bundesrat am 2. März 2017 mit 123 zu 62 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt und das vorgeschlagene Reduktionsziel der Schweiz von 50 Prozent bestätigt. Er hat dabei dem Entwurf des Bundesbeschlusses einen Absatz hinzugefügt, der explizit festhält, dass das Reduktionsziel keinen Einschränkungen bei der Umsetzung unterliegt und dass der Inland- und der Auslandanteil im Rahmen des nationalen Rechtes festgelegt werden. Dieser Zusatz kann als Verdeutlichung dessen verstanden werden, was implizit bereits in der Vorlage des Bundesrates enthalten ist.

Das Übereinkommen von Paris ist ein vergleichsweise griffiges und faires Übereinkommen zur Eindämmung des Klimawandels, das von allen Vertragsparteien Anstrengungen verlangt. Damit entspricht es den Interessen der Schweiz. 148 Staaten haben das Übereinkommen von Paris bis heute ratifiziert.

Wozu verpflichtet das Übereinkommen nun seine Mitglieder? Es sind im Wesentlichen drei Punkte:

1. Das Übereinkommen verpflichtet alle Vertragsparteien, Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu formulieren und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Die Erreichung der Ziele ist zwar rechtlich nicht verbindlich. Verbindlich ist für die Staaten aber die transparente Berichterstattung, und zwar sowohl über die jeweiligen Treibhausgasemissionen wie auch über die jeweilige Zielerreichung. Wichtig für die Schweiz ist, dass das Übereinkommen von Paris explizit die Anrechnung ausländischer Emissionsminderungen an die Zielerreichung zulässt. Dafür hat sich die Schweiz in den

Verhandlungen stark engagiert. Allerdings verlangt das Übereinkommen, dass nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen umgesetzt werden.

2. Das Übereinkommen von Paris nimmt alle Vertragsparteien in die Pflicht, ihre Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel zu verstärken. Die Schweiz ist in vielen Bereichen bereits aktiv, um die Herausforderungen der voranschreitenden Klimaänderungen besser meistern zu können. Als Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen hat der Bundesrat im Jahr 2012 die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz verabschiedet. Der erste Aktionsplan für die Periode 2014–2017 ist in Umsetzung. Damit erfüllt die Schweiz ihre Verpflichtungen gemäss dem Übereinkommen von Paris bereits weitestgehend.

3. Das Übereinkommen setzt das Ziel, die Finanzflüsse auf eine emissionsarme Entwicklung auszurichten. Das Übereinkommen beinhaltet aber keine quantifizierten und verbindlichen Vorgaben für Beiträge an die internationale Finanzierung von Klimamassnahmen. Es besteht einzig bereits das gemeinsame Ziel der Industrieländer, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimamassnahmen in Entwicklungsländern einzusetzen. Dazu sollen sowohl öffentliche wie auch private Quellen mobilisiert werden. Auf internationaler Ebene ist weder ein Verteilschlüssel für die Geberstaaten noch das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Mitteln definiert.

Der Bundesrat geht davon aus, dass der faire Anteil der Schweiz am gemeinsamen Ziel bei ungefähr 450 bis 600 Millionen US-Dollar pro Jahr liegen könnte. Diese Schätzungen beruhen auf einer gewichteten Betrachtung der beiden Kriterien wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Verursacherprinzip. Die Schweiz bestimmt selbst, inwieweit sie ihren Beitrag über öffentliche oder über von ihr mobilisierte private Mittel finanzieren will; über die öffentlichen Mittel wird selbstverständlich das Parlament das letzte Wort haben.

Was ist am Übereinkommen von Paris neu? Mit dem Übereinkommen von Paris gelten neu gleiche Regeln für alle Staaten: Industrie- und Entwicklungsländer müssen den Verpflichtungen im Bereich der Reduktion von Treibhausgasemissionen sowie der Anpassung an den Klimawandel nachkommen. Neu sind auch die Nichtindustriestaaten angehalten, Beiträge an die internationale Klimafinanzierung zu leisten. Es gibt also mit dem Pariser Abkommen keine starre Zweiteilung zwischen traditionellen Industrieländern und Entwicklungsländern mehr. Diese Entwicklung ist eine Verbesserung des internationalen Klimaregimes und liegt im Interesse der Schweiz.

Für die Schweiz selber bedeutet eine Ratifikation des Übereinkommens von Paris keine grundsätzlich neuen Verpflichtungen. Als Vertragspartei muss die Schweiz lediglich ihre Klimapolitik fortsetzen und im Sinne der langfristigen Ziele von Paris weiterentwickeln.

Das wichtigste Ziel der neuen Klimapolitik, das Zwei-Grad-Ziel, hat die Schweiz aber bereits im heutigen CO₂-Gesetz festgeschrieben. Dieses Ziel zu erreichen ist für die Schweiz als alpines Land existenziell: Wenn die Temperatur global um 2 Grad steigt, kann man davon ausgehen, dass es bei uns in der Schweiz 4 Grad sein werden. Bereits der bisherige Anstieg der Temperatur beträgt in der Schweiz rund 1,9 Grad, während er global "nur" rund 0,85 Grad beträgt. Wenn es also global 3 Grad wärmer wird, würde dies für uns wohl 6 Grad höhere Temperaturen bedeuten. Das ist derselbe Temperaturunterschied, der uns von der letzten Eiszeit trennt – nur war es damals 6 Grad kälter. Die Folgen der Temperaturerhöhung sind bereits klar sichtbar: Unsere Gletscher schmelzen, Hänge werden instabil, extreme Wetterereignisse häufen sich, und lange Trockenperioden führen zu neuen Herausforderungen für die Land- und Forstwirtschaft. Der Sommer 2015 war der zweitwärmste, seit gemessen wird. Die Schweiz ist also besonders vom Klimawandel betroffen. Gerade weil wir ihn nicht alleine aufhalten können, brauchen wir ein internationales Regime wie das Klimaübereinkommen von Paris.

Warum ist es wichtig, dass das Abkommen rasch ratifiziert wird? Nur Vertragsparteien haben bei der Ausarbeitung des weiteren Regelwerks unter dem Übereinkommen von Paris ein Mitspracherecht. Es ist wichtig für die Schweiz, diese Regeln mitgestalten zu können. Nehmen wir zum Beispiel ausländische Emissionsminderungen. Es ist zentral, dass die Schweiz die Ausarbeitung des dazugehörigen Regelwerks mitprägen kann. Wie erwähnt haben bis heute 148 Staaten das Übereinkommen von Paris ratifiziert. Sie sind zusammen für mehr als 80 Prozent des weltweiten Treibhausgasausstosses verantwortlich.

Den Entscheid des amerikanischen Präsidenten konnten wir in der Kommission nicht diskutieren. Ich kann hier also nicht namens der Kommission Stellung nehmen. Darum nur folgende persönliche Bemerkung: Selbstverständlich ist es ausserordentlich bedauerlich, wenn sich der weltweit zweitwichtigste Emittent von CO₂, der in etwa für 15 Prozent der Emissionen verantwortlich ist, plötzlich aus dem Staub macht, nachdem er ein Abkommen akzeptiert und es auch massgeblich mitgestaltet hat.

Angesichts der Reaktionen vieler Länder auf den Entscheid des amerikanischen Präsidenten, wonach man die eigenen Anstrengungen eher verstärken will, als die Sache als gescheitert zu betrachten, und angesichts der Tatsache, dass ein Ausstieg der Amerikaner erst 2019 effektiv auch formell erfolgen kann, habe ich nicht den Eindruck, dass der Entscheid der Amerikaner Auswirkungen auf unseren Entscheid heute und hier haben sollte. Dies gilt umso mehr, als sich nicht im Geringsten etwas daran ändert, dass die Schweiz aus den Gründen, die ich vorhin dargelegt habe, an einem internationalen Abkommen interessiert sein muss.

Wie erwähnt ist auch ohne die USA das für das Inkrafttreten des Klimaübereinkommens von Paris notwendige Quorum von 55 Staaten, die gemeinsam 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursachen, erreicht worden. Es geht einfach jetzt – Stand heute – nicht um 80 Prozent, sondern nur um 65 Prozent des Ausstosses. Aber wie gesagt: Das Quorum liegt bei 55 Prozent des Ausstosses.

Zum Schluss noch etwas zum Zusammenspiel einer Ratifikation des Pariser Übereinkommens mit der nationalen Gesetzgebung: Ratifiziert die Schweiz das Übereinkommen von Paris und übernimmt der Uno gleichzeitig das Reduktionsziel bis 2030, sollte dieses Ziel folglich auch im revidierten CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2020 verankert werden. Auf internationaler Ebene hat die Schweiz nur das Gesamtziel von minus 50 Prozent sowie das für den gesamten Zeitraum 2021–2030 geltende Durchschnittsziel von mindestens 35 Prozent angekündigt. Die Umsetzung des Reduktionsziels im nationalen Recht bleibt Sache der Schweiz, es ist also an ihr festzulegen, wie die Ziele, was Inland und Ausland betrifft, aufgeteilt werden und welche Massnahmen zur Erreichung der Ziele ergriffen werden sollen.

Noch zur Höhe des Reduktionsziels der Schweiz: Im Nationalrat, aber ebenfalls bei uns in der Kommission – der Ratspräsident hat darauf hingewiesen – wurden auch Anträge diskutiert, die ein tieferes Reduktionsziel forderten. Der Bundesrat hat sich in der Zielsetzung von den Empfehlungen der Wissenschaft im Hinblick auf das Zwei-Grad-Ziel leiten lassen. Das Parlament selber hat das Zwei-Grad-Ziel im geltenden CO₂-Gesetz verankert. Mit einem Reduktionsziel von minus 50 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990, wie es vom Bundesrat vorgeschlagen wird, gibt sich die Schweiz im internationalen Vergleich ein recht ambitioniertes Ziel. In der Vernehmlassung hat jedoch eine deutliche Zweidrittelmehrheit das Minus-50-Prozent-Ziel unterstützt. So haben auch die grossen Wirtschaftsverbände Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband, Swissmem sowie eine deutliche Mehrheit der Parteien das vorgeschlagene Ziel bestätigt.

Zwar liegt unser Reduktionsziel von minus 50 Prozent höher als jenes der EU mit 40 Prozent. Allerdings will die EU ihr Reduktionsziel einzig durch Massnahmen innerhalb der EU umsetzen, während der Bundesrat für die Schweiz vorschlägt, nur 30 Prozent im Inland umzusetzen. Gegenwärtig sehen neben der Schweiz einzig Japan und Neuseeland und eventuell Kanada, Australien und Südkorea die Verwendung

von ausländischen Emissionsverminderungen vor. Entsprechend tut die Schweiz gut daran, ein numerisch höheres Ziel als jenes der EU zu formulieren.

Abschliessend möchte ich noch erwähnen, dass die Ankündigung des Schweizer Ziels selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung des eidgenössischen Parlamentes gemacht wurde.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 9 zu 2 Stimmen, auf den Entwurf einzutreten und ihm gemäss Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

Vonlanthen Beat (C, FR): "Nach uns die Sintflut": Der himelschreiende Trump-Entscheid von letzter Woche, die USA aus dem Pariser Klimaübereinkommen hinauszukatapultieren, hat mit Recht die ganze Welt erschüttert. Im gleichen Sinne provoziert es bei mir ein ungläubiges Kopfschütteln, wenn auch bei uns und in diesem Parlament Politiker in die gleiche Kerbe hauen und eine Ratifizierung des Klimaübereinkommens durch die Schweiz vereiteln wollen.

Die Klimaerwärmung ist ein Fakt. Das hat nicht nur Tesla-Chef Elon Musk bei der Ankündigung, als Trump-Berater zurückzutreten, klar auf den Punkt gebracht, als er sagte: "Der Klimawandel ist real. Das Pariser Abkommen zu verlassen ist weder gut für Amerika noch gut für die Welt." Auch bei uns sagen die Wissenschaftler, dass die Gletscher im Verlauf dieses Jahrhunderts langsam, aber sicher verschwinden werden. Da wollen wir einfach untätig zuschauen? Für mich ist das absolut keine Option. Wir sind gegenüber anderen Ländern zwar mit der Ratifizierung etwas spät dran und können daher nicht mehr mit dem guten Beispiel vorangehen, aber gerade die Schweiz als in Klimafragen verantwortungsbewusster Staat muss das Klimaübereinkommen von Paris mit voller Überzeugung und mit einer überwältigenden Unterstützung durch das Parlament ratifizieren können.

Da es auch bei uns Politiker gibt, welche dieses Klimaübereinkommen am liebsten zum Teufel schicken würden, will ich hier mit mindestens drei Argumenten für eine klare Genehmigung des Pariser Abkommens plädieren:

1. Klimaschutz ist eine existenzielle Frage. Nur unverbesserliche Hinterwäldler erlauben es sich, die menschlichen Ursachen der Klimaerwärmung in Zweifel zu ziehen. Als gewählte Politiker haben wir die Pflicht und die Schuldigkeit, uns mit allen Kräften für eine möglichst starke Begrenzung der Klimaerwärmung einzusetzen. Ich pflege in diesem Zusammenhang jeweils aus dem Ingress der Freiburger Kantonsverfassung zu zitieren, die uns Politiker auffordert, "im Bewusstsein unserer Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen" zu agieren. Auch die Präambel der Bundesverfassung rückt dieses Anliegen in den Mittelpunkt. Das muss uns gerade im vorliegenden Geschäft in Erinnerung gerufen werden. Es ist wohl überflüssig zu betonen, dass der Klimawandel auch die Schweiz in hohem Masse ganz direkt betrifft. Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie des Tropen- und Public-Health-Instituts in Basel zeigt, fordern die zunehmenden heissen Sommer schon heute bei uns Todesfälle, darunter auch bei Kindern. Aufgrund des steigenden Meeresspiegels wird zudem die sogenannte Klimamigration gerade die nördlichen Länder und damit auch die Schweiz mit grosser Wahrscheinlichkeit ganz direkt betreffen. "Gouverner, c'est prévoir": Torpedieren wir diese klare Entscheidung der verantwortungsbewussten Regierungen, also auch unseres Bundesrates, nicht, und genehmigen wir dieses Pariser Klimaübereinkommen!

2. Das Pariser Klimaübereinkommen eröffnet uns interessante Chancen für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg. Die harschen Reaktionen auf den unsäglichen Austrittsentscheid von Trump sind vielsagend. Zahlreiche amerikanische Wirtschaftsvertreter haben den Trump-Entscheid insbesondere deswegen kritisiert, weil die USA nun im Konkurrenzkampf um den Wachstumsmarkt der Green Economy über wesentlich schlechtere Karten verfügen. Die schweizerischen Gegner des Klimaübereinkommens müssen sich auch diesen Aspekt vor Augen halten. In Klimafragen hat die Schweiz glücklicherweise bereits die richtigen Weichen gestellt. Gerade mit der Annahme der Energiestrategie 2050 brachte die Schweizer Bevölkerung unzweideutig zum Ausdruck, dass

sie im Energiebereich auf mehr Effizienz und erneuerbare Energien und damit auf einen geringeren CO₂-Ausstoss setzt. Die Ratifizierung des Pariser Übereinkommens bestätigt diese Marschrichtung und gibt uns die Chance, in den zukünftigen Technologien im Cleantech-Bereich weiterhin als Innovationsweltmeister den Ton angeben zu können.

Ich gebe Ihnen in diesem Zusammenhang zur Illustration ein konkretes Beispiel, das zeigt, wie fantastisch die Entwicklungsmöglichkeiten bei uns sind: Auf dem Areal der Blue Factory in Freiburg wird in Zusammenarbeit mit der EPFL das wegweisende Projekt eines smarten, emissionsfreien Wohnens, das Smart Living Lab, entwickelt. Schweizer Wissenschaftler und Studenten werden im September am prestigeträchtigen internationalen, interuniversitären Solar Decathlon einen Prototyp eines Wohnhauses mit integrierter Spitzentechnologie vorstellen. Damit diese wissenschaftliche und innovative Dynamik nicht gebremst wird und unsere Wirtschaft von dieser Dynamik auch in Zukunft profitieren kann, muss die Schweiz das Pariser Klimaübereinkommen wie die 191 anderen Staaten – jetzt leider ohne den zweitgrössten Klimasünder USA – rasch ratifizieren.

3. Ein letzter Punkt ist die pragmatische Umsetzung. Die vom Bundesrat festgelegte Zielsetzung, den CO₂-Ausstoss bezogen auf 1990 bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren, muss so umgesetzt werden. Es soll jetzt nicht schon daran gescheitert werden, wie das im Nationalrat verschiedene Interventionen versuchten und wie das auch die Kommissionsminderheit vorschlägt. Es ist aber auch sicherzustellen, dass die Umsetzung der Ziele sowohl im Inland wie auch im Ausland erfolgen kann. Ich unterstütze daher voll und ganz den Beschluss des Nationalrates, bei Artikel 1 einen Absatz 3 hinzuzufügen, wonach der Handlungsspielraum der Schweiz gewährleistet bleibt und explizit im Gesetz festgelegt wird, dass das nationale Reduktionsziel im Inland oder im Ausland realisiert werden kann.

Ich fasse zusammen: Es handelt sich beim vorliegenden Geschäft nicht um ideologische Träumereien, wie das gegnerische Lager das Geschäft zu desavouieren versucht. Im Gegenteil, das Pariser Klimaübereinkommen ist ein zentrales Geschäft, weil es dazu beiträgt, dass eine der grössten Herausforderungen unserer Menschheit, nämlich der dezidierte und international koordinierte Kampf gegen den Klimawandel, so zielgerichtet wie möglich an die Hand genommen wird und dass im Interesse der nachfolgenden Generationen Massnahmen zur Begrenzung der Klimaerwärmung getroffen werden.

Ich bitte Sie daher mit Überzeugung, dieses internationale Übereinkommen zu genehmigen.

Rieder Beat (C, VS): Im Hinblick auf den Minderheitsantrag möchte ich mich als Vertreter eines Alpenkantons, eines Bergkantons in einem Alpenland, zu diesem Klimaübereinkommen auch zu Wort melden. Ich verstehe die Bedenken der Minderheit. Trotzdem stehe ich voll und ganz hinter dem Klimaübereinkommen von Paris. Die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030 ist zwar ambitiös und wird einiges kosten, das ist nicht wegzuleugnen. Wenn wir die Folgeschäden des Klimawandels im Alpengebiet beheben müssten, wäre das aber ambitionärer, das heisst um einiges kostspieliger.

Wenn Sie heute mit offenen Augen durch die Alpen wandern und nicht immer das Handy vor sich halten und twittern, dann ist der Klimawandel für Sie eigentlich offenkundig und sichtbar. Im Wallis befindet sich der grösste Gletscher der Alpen, der Aletschgletscher. Dieser ist in dreissig Jahren um einen Kilometer geschmolzen, jährlich um dreissig bis fünfzig Meter. Letztes Jahr ist ein ganzes Wandergebiet, ein ganzer Hang instabil geworden und rutscht nun auf den Aletschgletscher ab.

Im gesamten Alpengebiet gibt es starke Hitzewellen, regelmässig gefolgt von heftigem Starkregen und in der Folge Erdbeben und Murgängen, dies an Orten und in einem Ausmass, wo und wie wir es noch nie gesehen haben. Fast jährlich kommt es irgendwo in der Schweiz zu einem Unwetterereignis, in immer grösserem Ausmass als das vorherige, es kommt zu Niederschlagsänderungen, zu Schneemangel

usw. Ich komme aus dem Lötschental, das für Lawinen bekannt ist. Es gilt als das Lawinental der Schweiz – jedoch seit beinahe zwanzig Jahren haben wir fast keine Lawinen mehr. Was wir aber haben, sind Murgänge während der Sommerzeit, jedes Jahr den einen oder anderen, in immer grösserem Ausmass.

Nun, diese Zeichen sind eigentlich klar, und wir müssen unseren Anteil zur Erreichung des Ziels der Begrenzung der Klimaänderung beitragen. Ich weiss, es gibt Skeptiker, die sagen: Diese Klimaänderung, diese Erwärmung ist nicht menschengemacht, sondern ein natürliches Phänomen. Aber der letzte Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sagt aus: Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent ist es menschengemacht. Jetzt sagen Sie, die 5 Prozent seien für Sie wahrscheinlicher als die 95 Prozent. Ich sage: Bereits bei 60, 70 oder 80 Prozent Wahrscheinlichkeit müssten wir handeln, weil wir sonst ein zu grosses Risiko eingehen.

Das Übereinkommen von Paris beinhaltet eine Deklaration und ein Reporting der Massnahmen. Die Zielerreichung gemäss dem Übereinkommen von Paris ist jedoch völkerrechtlich nicht verbindlich und erlaubt es jedem Staat, die national festgelegten Ziele in wirtschaftlich und sozial verträglicher Art zu erreichen.

Der Ausstieg eines Landes aus diesem Abkommen ändert nichts an unserer Verantwortung, an der Verantwortung der Schweiz, zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen beizutragen. Falls wir nichts tun, wird es auch nicht billiger, sondern teurer: Die Katastrophenbewältigung und Schutzmassnahmen sind auch nicht günstig zu haben – vor allem nicht in einem Alpenland wie der Schweiz.

Die Massnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent müssen vor diesem Hintergrund zwar mit Augenmass und der notwendigen Rücksichtnahme auf die einheimische Wirtschaft, aber unzweifelhaft und ernsthaft angegangen werden. Ich hoffe auch, dass uns einige technische Fortschritte diesen Weg zur Reduktion der Treibhausgasemissionen erleichtern werden.

Für mich steht fest: Der Klimawandel schreitet voran, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht, und wir sind als Alpenland mitten in Europa eines der am stärksten exponierten Länder bezüglich der Konsequenzen eines solchen Klimawandels. Daher kann ich diesem Abkommen nur zustimmen.

Comte Raphaël (RL, NE): J'ai un peu honte de m'exprimer comme non-membre de la commission, alors que si peu de membres de la commission ont pris la parole, mais un moment de honte est très vite passé! Si je ne suis pas membre de la commission, je suis coprésident de l'Intergroupe parlementaire Changements climatiques; c'est donc à ce titre-là que je me permets de vous voler quelques instants de votre temps précieux.

Il y a quelques jours, un responsable politique a dit qu'il était élu pour défendre les intérêts des habitants de Pittsburgh et non de Paris. Evidemment, l'Accord de Paris ne vise pas à défendre les seuls habitants de Paris, au même titre que les Conventions de Genève n'ont pas pour but de défendre la seule population de Genève. Nous avons ici affaire à un accord qui touche l'ensemble de la population de notre planète, car il n'y a sans doute aucun pays au monde qui ne sera pas touché, à des degrés divers, par les changements climatiques. On peut bien sûr penser en premier lieu aux pays qui se trouvent au bord des mers et des océans, et qui sont directement menacés par la montée du niveau des eaux. Aux réfugiés actuels s'ajouteront bientôt en nombre les réfugiés climatiques. Mais aucun pays n'est à l'abri; même notre pays aura à subir les conséquences des changements climatiques et le visage de la Suisse connaîtra de profondes modifications – Monsieur Vorlanthen l'a d'ailleurs justement évoqué. La préoccupation face aux changements climatiques doit donc être mondiale et la solution ne peut être que globale. Chaque pays doit apporter sa contribution et diminuer son empreinte sur notre planète.

La décision du président des Etats-Unis d'Amérique est donc à ce titre particulièrement regrettable. "C'est pire qu'un crime, c'est une faute", selon le mot attribué à Fouché. L'annonce

du président des Etats-Unis de retirer son pays de l'Accord de Paris a au moins une vertu, celle de susciter une réaction vigoureuse de nombreux pays, et finalement – peut-être – de renforcer la volonté de certains Etats d'aller de l'avant. Pour l'instant, l'annonce américaine n'a pas eu d'effet boule de neige et nous pouvons même espérer qu'elle agisse au contraire comme un aiguillon, tant il paraît incroyable, vu les connaissances scientifiques actuelles, que l'impact des changements climatiques puisse être à ce point sous-estimé par une grande nation.

Aux Etats-Unis même, de nombreux Etats et de nombreuses villes ont annoncé qu'ils mettraient tout en oeuvre pour appliquer l'Accord de Paris et de grandes entreprises ont également regretté la décision du président Trump. Ces entreprises ne sont sans doute pas guidées uniquement par des motifs altruistes ou philanthropiques. Ce sont des motifs économiques qui les poussent à défendre l'Accord de Paris, car elles se rendent bien compte que les changements climatiques auront, en plus des conséquences environnementales et humaines, des conséquences économiques importantes. En défendant l'Accord de Paris, elles défendent leurs intérêts économiques à long terme, une entreprise devant avoir la capacité de voir ses intérêts autrement que par le petit bout de la lorngnette.

Le président de la République française a lancé le slogan "Make our planet great again". En fait, il faut tout simplement rendre l'être humain un peu plus raisonnable. Un tel objectif – je le sais – est loin d'être une sinécure; il mériterait même sans doute de figurer dans la liste des travaux d'Hercule! Mais la prise de conscience est là et la volonté politique est également là dans de nombreux pays, ce qui constitue un motif d'espoir.

Nous avons aujourd'hui l'occasion de donner un signal clair de la volonté de la Suisse de participer à cet élan mondial en faveur de la protection de notre planète. La Suisse doit continuer à jouer un rôle d'exemple en matière de politique environnementale; elle peut s'enorgueillir des efforts qu'elle a faits pour protéger la nature, pour limiter les émissions de CO₂ ou pour favoriser le tournant énergétique. A cet égard, le récent vote sur la stratégie énergétique est historique.

La Suisse prouve que le développement économique n'est incompatible ni avec le développement durable ni avec le respect de notre environnement. Les citoyens suisses l'ont compris, de nombreuses entreprises suisses l'ont compris et prennent des initiatives extrêmement ambitieuses pour diminuer leur impact sur l'environnement. Il convient de souligner, en plus du rôle des collectivités publiques, l'importance des actions citoyennes et de la responsabilité individuelle pour relever les défis du climat.

Pour toutes ces raisons et dans l'intérêt des habitants de Paris, de Pittsburgh, de Genève, de New Delhi, de Shanghai, de Saint-Petersbourg, de Bamako, de Buenos Aires – je vous laisse compléter la liste avec les villes qui vous tiennent le plus à coeur –, je vous invite à soutenir la ratification de l'Accord de Paris, selon les propositions de la commission.

Bruderer Wyss Pascale (S, AG): Auch ich werde mich für Eintreten und für den Antrag der Mehrheit aussprechen. Das Abkommen – es wurde gesagt – nimmt alle Vertragsparteien in die Pflicht, und das ist gerade für die Schweiz wichtig; für die Schweiz, die schon sehr viel getan hat und weiterhin sehr viel tun wird. Wir haben alles Interesse daran, dass diese Bestrebungen eben auch international Unterstützung finden. Wenn wir die Vernehmlassungsantworten anschauen, dann sehen wir, dass genau diese Überzeugung in der Schweiz auch breit vertreten wird. Die Vernehmlassung zeigt grosse Unterstützung für dieses Abkommen. Auch aus einem weiteren Grund gilt es, hier zuzustimmen und nicht vom Reduktionsziel abzurücken: Die Schweiz ist besonders exponiert. Wir sind zwar nur für einen kleinen Teil der Emissionen weltweit verantwortlich, sind aber besonders betroffen und besonders exponiert, wenn es um die Folgen geht. Ich glaube, auch das sollten wir im Auge behalten, und auch deshalb sollten wir hier aus Überzeugung zustimmen.

Ein dritter Grund aber – und ich bin sehr froh um die Ausführungen von Kollege Vonlanthen – ist, dass wir es hier

auch mit einer Wirtschaft zu tun haben, die sich in eine Richtung entwickelt, die mit sehr viel Innovationskraft verbunden ist. Die Reduktion von Emissionen im Speziellen, aber auch die Energieeffizienz im Allgemeinen haben eine Entwicklung ausgelöst, die wir heute schon auf den Märkten beobachten können, und das wird auch die Musik sein, die in Zukunft je länger, desto lauter spielt. Da wollen und können wir eben auch mitspielen, und wir haben auch noch mehr Potenzial.

Darum ist bei mir auch die Überzeugung gross, dass jene Kräfte, die sich dagegen aussprechen, eher riskieren, sich selber zu schwächen. So bedauerlich der Entscheid des amerikanischen Präsidenten aus internationaler Sicht ist, so sehr bin ich auch überzeugt, dass Trump sich schlussendlich ins eigene Fleisch schneidet und die eigene, die US-Wirtschaft schwächt. Wir haben hier ein Abkommen, welches sowohl für die Gesellschaft wichtig ist als auch die Wirtschaft stärkt und das wir aus Überzeugung unterstützen sollen. Wenn wir hier vom Reduktionsziel abrücken und der Minderheit folgen würden, dann würden wir eigentlich hinter das zurückgehen, was wir bereits beschlossen haben. Das kann ja wohl nicht Sinn und Zweck der Übung sein.

Ich werde deshalb überzeugt für Eintreten stimmen, und ich werde mit der Mehrheit stimmen.

Zanetti Roberto (S, SO): Ich mache es kurz. Umwelt- und Klimaschutz waren lange Zeit eine Frage der politischen Moral. Mittlerweile sind sie eine Frage der politischen Intelligenz geworden. Wenn wir hören, dass durch die Klimaerwärmung ganze Inselgruppen, die sich knapp einen Meter über den Meeresspiegel erheben – wie die Malediven, wohin viele in die Ferien gehen –, von der Landkarte verschwinden würden, dann muss man sagen, dass es mit Selbsterhaltungstrieb und ein bisschen politischer Intelligenz zu tun hat, dass man Gegensteuer gibt. So gesehen erstaunt mich der Entscheid des amerikanischen Präsidenten nicht.

Leuthard Doris, Bundespräsidentin: Der Bundesrat unterbreitet Ihnen mit der Botschaft den Beschluss zur Genehmigung dieses Pariser Übereinkommens. Der Nationalrat hat der Vorlage in der Frühjahrssession zugestimmt und auch das vorgeschlagene Reduktionsziel der Schweiz, ein Gesamtziel von minus 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990, bestätigt. Er hat dann den Absatz hinzugefügt, der explizit festhält, dass das nationale Reduktionsziel bei der Umsetzung keinen Einschränkungen unterliegt und dass der Inland- und der Auslandsanteil im Rahmen des nationalen Rechts, also im Rahmen der kommenden CO₂-Gesetzgebung, festgelegt werden. Das ist genau das, was der Bundesrat beabsichtigt, und ich bin deshalb dankbar, dass Ihre UREK diesen Beschluss des Nationalrates unterstützt.

Es wurde schon gesagt: Die Schweiz als Alpenland ist überdurchschnittlich vom Klimawandel betroffen, und deshalb setzt sich der Bundesrat seit Langem dafür ein, dass wir bei diesem Übereinkommen nicht nur dabei sind, sondern auch ambitionöse Ziele verfolgen. Seit Beginn der systematischen Messungen im Jahr 1864 hat sich in der Schweiz die Durchschnittstemperatur um etwa 1,9 Grad Celsius erhöht. Global gesehen waren es lediglich 0,85 Grad Celsius, was eben belegt, dass wir weit verletzlicher sind als der Rest der Welt. Wir wissen aus allen wissenschaftlichen Reports und auch aus den Erfahrungen der vergangenen zwanzig Jahre, dass aufgrund dieses Temperaturanstiegs auch Extremereignisse zunehmen werden, das heisst starke Niederschläge oder Hitze- und Trockenperioden, die die Landwirtschaft, die die Gesundheit, aber natürlich auch Sachwerte beeinträchtigen.

Ich erinnere nur an den Bereich Hochwasserschutz. Wir haben letztes Jahr 450 Millionen Franken dafür ausgegeben, der Bund davon 183 Millionen. Aber alleine das grosse Unwetter von 2005 hat Schäden von 3 Milliarden Franken verursacht. Es zeigt eben Folgendes: Die Kosten des Nichtstuns, des Zuwartens oder des Glaubens, dass das halt jetzt einfach so sei und man nichts dagegen tun könne, sind weit grösser, als wenn man sich dieser Herausforderung stellt und sich sowohl Reduktions- als auch Anpassungsziele setzt.

Dieser Gedanke liegt auch diesem Pariser Übereinkommen zugrunde. Es war ein wirklich grosser Durchbruch im multilateralen System, weil die Staatengemeinschaft Folgendes eingesehen hat: Wenn jeder nur selber vor sich hin wurstelt, erreicht man globale Ziele nicht. Weil das Klima keine Grenzen kennt, ist es eben sinnvoll, multilateral gemeinsam vorzugehen. Nicht nur Industriestaaten, wie das bis heute im Rahmen des Kyoto-Protokolls der Fall ist, sondern eben auch Entwicklungs- und Schwellenländer leisten hier ihren Beitrag. Es ist ein Verdienst dieses Abkommens, dass zum ersten Mal jedes Mitgliedland Verantwortung übernimmt, jeweils mit anderen Zielen und Mechanismen. Aber niemand ist ausgeschlossen, alle machen mit – bis nun auf die USA. 195 Staaten haben das Abkommen von Paris unterzeichnet, Syrien und Nicaragua haben nicht unterzeichnet. In diese Reihe stellen sich nun die USA, zumindest Präsident Trump. Er konnte das alleine entscheiden. Das ist legitim, das darf man. Aber dazu ist natürlich zu sagen: Erstens ist nach den Regeln des Abkommens ein Ausscheiden aus dem Abkommen erst per 2020 wirksam. Es gibt dann vielleicht wieder andere Präsidenten, die anders entscheiden. Bis dahin passiert sowieso nichts. In den USA liegen sehr viele dieser Kompetenzen nicht auf der Ebene von Washington bzw. des Staates, sondern auf der Ebene der Bundesstaaten. Sie haben die Reaktionen einzelner Gouverneure und auch der Wirtschaft gehört – die sind beim Thema Klima schon lange ganz woanders. Das Ölland Texas ist einer der grössten Produzenten und Installateure von Windanlagen. Was dort freiwillig gemacht wird, wird wohl ziemlich relevant sein, egal, was Präsident Trump in den Folgemonaten noch entscheiden wird. Das Pariser Abkommen ist ein austarierter Kompromiss. Natürlich haben alle Länder Federn lassen müssen. Wir hätten uns beispielsweise gewünscht, dass Schwellenländer, die über relativ viel Geld verfügen, sich finanziell stärker beteiligen würden; wir hätten uns gewünscht, dass gewisse Ambitionen von Ländern wie Korea noch grösser wären als das, was bezüglich der Ziele von ihnen unterzeichnet wurde. Auch Kanada ist so ein Wackelkandidat. Mit dem jetzigen Präsidenten ist es zwar beim Abkommen dabei, aber auch da könnte man sich ambitioniertere Ziele vorstellen. Aber so ist das halt, wenn man verhandelt. Immerhin: Es gibt einen Mechanismus in diesem Abkommen, der die Länder verpflichtet, nationale Ziele zu definieren, die dann alle fünf Jahre angeschaut werden. Man kann die gleichen Ziele behalten; wenn es der technische Fortschritt verlangt oder wenn man merkt, es zahlt sich volkswirtschaftlich aus, kann man die Ziele dann aber auch anpassen. Unser Ziel beinhaltet Mechanismen, die – das war für uns sehr wichtig – eben auch die Umsetzung von Massnahmen im Ausland explizit zulassen, sofern diese umweltinteger sind und Emissionsreduktionen nicht doppelt gezählt werden. Hier mache ich auch einen Link zu Ihrer Diskussion: Die Schweiz hat tatsächlich schon viel unternommen. Wir waren bei Kyoto I und II dabei, aber eben nicht ohne Grund. Wir haben viele Massnahmen, z. B. im Gebäudebereich, mit den Kantonen umgesetzt. Unsere Emissionen pro Kopf sind relativ tief. Aber wir müssen immer auch im Bewusstsein haben, dass wir vieles, was emissionsintensiv ist, importieren, womit diese Emissionen für die Produktion in einer anderen Statistik gezählt werden. Wir haben viel gemacht, und deshalb hat sich der Bundesrat auch eingesetzt. Wir wollen weiterhin bei unserem Ziel ambitionös bleiben, aber es ist für uns wichtig, dass die Effekte im Ausland möglich sind. Denn das erlaubt uns geringere Reduktionen an CO₂-Ausstoss in der Schweiz: Mit denselben 100 Millionen Franken können wir weltweit mehr bewirken als nur auf unserem Territorium. Es ist dann für die Unternehmen erst noch kostengünstiger als in der Schweiz. Das wurde mit dem Abkommen ermöglicht; Marktmechanismen sind ausdrücklich Bestandteil davon. Wir wissen auch: Mit den Finanzflüssen – die Schweiz hat ja einen starken Finanzplatz – haben wir Einfluss darauf, wie Gelder inskünftig investiert werden. Auch hier ist das Ziel, dass man klimafreundliche Finanzflüsse verfolgt, deshalb waren auch die Banken und Versicherungen für uns ein wichtiger Partner bei den Verhandlungen. Dort sieht man sehr viel Bewegung, auch auf dem Finanzplatz: Die Schweiz

ist mittlerweile der grösste Finanzplatz für Sustainable Financing. Auch das wird in der Zukunft ein wichtiger Pfeiler für die Volkswirtschaft sein.

Das Klimaabkommen ist deshalb im Interesse der Schweiz, nicht nur damit wir verlässlich sind, sondern eben auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Wir haben Studien gemacht, die sagen, dass die globale Erwärmung – und in der Schweiz ist diese Tendenz, wie gesagt, noch grösser als im globalen Durchschnitt – Kosten verursacht. Modellrechnungen besagen, dass 2100 – das ist nicht mehr so weit weg – in der Schweiz jährlich zwischen 5,5 und 7 Milliarden Franken an volkswirtschaftlichen Kosten anfallen, wenn man nichts tut und die Strategie "Weiter wie bisher" verfolgt. Für jedes zusätzliche Grad Erwärmung steigen diese Kosten um 0,6 bis 1 Milliarde Franken an. Seit dem Report von Nicholas Stern, einem ausgewiesenen Ökonomen, sind diese Mechanismen auch weltweit bekannt.

Wir meinen deshalb, dass auch die publizierten OECD-Studien, welche diese Effekte auf die Volkswirtschaften ausweisen, richtig sind. Wenn man hier eine kompatible Klimapolitik verfolgt, dann heisst das in der Regel, dass das Brutto-sozialprodukt steigt. Das wird – wenn man die vermiedenen Schäden und die Effekte für die Unternehmen anschaut – auch klar zu einem Nettozuwachs beim globalen Brutto-sozialprodukt führen, und zwar nicht zu einem geringen: Gemäss OECD sind es 4,6 bis 4,7 Prozent des globalen Brutto-sozialproduktes. Das sage ich jetzt zu denjenigen, die sonst immer sagen, dass sie die Wirtschaft vertreten. Wenn man die Wirtschaft und die ökonomischen Zahlen berücksichtigt, so sieht man, dass es ein rentabler Wandel ist.

Bezüglich der Umsetzung des Abkommens hat sich der Bundesrat mit einer Reduktion der Emissionen um 50 Prozent ambitionös positioniert, auch international ambitionös, weil das schon immer unsere Politik war. Wir haben aber gleichzeitig gesagt – im Gegensatz zur EU –, wir seien der Meinung, dass unser Gesamtziel nicht innerschweizerisch umzusetzen sei. Das wäre dann tatsächlich sehr, sehr schwierig und mit hohen Kosten verbunden. Aber wenn wir ausgehend vom heutigen Ziel, also von minus 20 Prozent bis 2020, eine Entwicklung wollen, so scheint es uns richtig zu sein, uns auf minus 30 Prozent im Inland per 2030 hin zu positionieren und den Rest eben im Ausland zu kompensieren.

Hier wird das Parlament frei sein. Es sollte einfach sicher nicht auf demselben Stand, minus 20 Prozent bis 2030, bleiben. Darüber werden Sie dann im Lichte der nationalen Klimapolitik entscheiden. Mit der Ratifikation des Abkommens wird also nicht etwa definitiv, was wir im Inland und wie viel wir im Ausland bezüglich Emissionsreduktion tun, sondern es wird lediglich definitiv, was wir bis 2030 als Ziel notifizieren. Darüber ist dann auch Bericht zu erstatten. Die Schweiz wird also selbst festlegen, welchen Anteil sie im Inland und welchen Anteil sie im Ausland erreichen will.

Das Pariser Abkommen ist ein griffiges, ein faires und ein robustes Übereinkommen. Die Eindämmung des Klimawandels ist nur möglich, wenn die Staatengemeinschaft hier zusammen Massnahmen ergreift, die Spielregeln festlegt, die Messmethodik festlegt und sich auch über die Finanzierung der Massnahmen ausspricht. 148 Staaten haben das Abkommen bereits ratifiziert. Ich würde mich freuen, wenn Sie heute dem Bundesrat und dem Nationalrat folgen würden und die Schweiz somit als vollwertige Partnerin bei den anstehenden Umsetzungsbestimmungen mitwirken könnte, unsere Interessen verteidigen könnte und somit dieses Gesamt-reduktionsziel für die Positionierung unseres Landes weiterhin relevant wäre.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

17.9001

Mitteilungen des Präsidenten**Communications du président**

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Es freut mich ausserordentlich, auf der Tribüne Seine Exzellenz Herrn Adrian Candu, den Präsidenten des Parlamentes der Republik Moldau, und seine Delegation begrüßen zu dürfen. Ebenfalls herzlich willkommen heissen darf ich den Botschafter der Republik Moldau in der Schweiz, Seine Exzellenz Herrn Tudor Ulianovschi. Herr Adrian Candu wird von drei Mitgliedern des moldauischen Parlamentes sowie von hohen Beamten der Parlamentsverwaltung begleitet.

Ich habe heute Mittag das Vergnügen, mich mit den moldauischen Delegierten auszutauschen. Heute Morgen fand bereits ein offizielles Treffen mit Nationalratspräsident Jürg Stahl statt. Weiter auf dem Programm stehen ein Arbeitessen mit dem Vorsteher der Direktion für Völkerrecht, Herrn Roberto Balzaretti, ein Treffen mit dem Vorsteher der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Herrn Manuel Sager, sowie ein Treffen mit dem Vizedirektor des Fedpol, Herrn René Bühler. Bei den Gesprächen werden aktuelle Themen sowie die Schweizer Neutralitätspolitik und die innere Sicherheit im Vordergrund stehen.

Die Schweiz und die Republik Moldau pflegen sehr gute, langjährige bilaterale Beziehungen. Wir freuen uns sehr über Ihren Besuch und das damit gezeigte Interesse an unserem Land. Im Namen des Ständerates wünsche ich Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, und Ihrer Delegation einen interessanten und eindrücklichen Aufenthalt in der Schweiz. Seien Sie ganz herzlich willkommen! (*Beifall*)

16.083

**Klimaübereinkommen von Paris.
Genehmigung****Accord de Paris sur le climat.
Approbation***Fortsetzung – Suite*

Nationalrat/Conseil national 02.03.17 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.06.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.06.17 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 16.06.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Bundesbeschluss über die Genehmigung des Klima-
übereinkommens von Paris
Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord de Paris
sur le climat***Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 1***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Hösl, Eberle)

Abs. 2

... zu ratifizieren. Er übermittelt ein nationales Reduktionsziel (Nationally Determined Contribution, NDC), wonach die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 30 Prozent zu senken sind.

Abs. 2bis

Im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2030 müssen die Treibhausgasemissionen um mindestens 25 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden.

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Hösl, Eberle)

Al. 2

... à le ratifier. Il communiquera une contribution déterminée au niveau national (CDN) de 30 pour cent de réduction des émissions de gaz à effet de serre d'ici à 2030 par rapport au niveau de 1990.

Al. 2bis

Au cours des années 2021 à 2030, les émissions de gaz à effet de serre doivent être réduites d'au moins 25 pour cent en moyenne par rapport au niveau de 1990.

Hösl Werner (V, GL): Nachdem ich nicht nur gedacht habe, ich hätte einen Minderheitsantrag eingereicht, sondern es auch gemacht habe – was nicht immer der Fall ist –, vertrete ich hier jetzt also doch die Minderheit und nicht den Einzelantrag Hösl. Wir haben uns in der Kommission freundlich darüber gestritten, ob der Entscheid der Schweiz bezüglich dieses Pariser Abkommens von grossen Ländern wie z. B. den USA überhaupt wahrgenommen wird. Ich habe dies vehement bestritten und mich getäuscht. Herr Trump scheint die Schweizer Politagenda sehr gut zu kennen, denn es kann ja wohl kaum Zufall sein, dass er seinen Entscheid just vor unserer Verhandlung hier im Ständerat gefällt hat.

Das Thema ist also weltweit topaktuell. Es wurde in den vergangenen Tagen viel geschrieben und interpretiert. Aber genau da liegt auch ein sehr grosses Problem solcher Abkommen: Man kann sie zwar ratifizieren, aber gleichzeitig auch selber interpretieren. Letztlich sind sie wenig bis gar nicht verpflichtend. Ein Land kann ohne Ratifizierung des Pariser Abkommens beste Umweltpolitik betreiben und ein anderes mit Ratifizierung sehr schlechte. Es geht auch um sehr viel Geld, was natürlich Begehrlichkeiten weckt. Es wurde uns in der Kommission erklärt, dass für die Klimakonferenz in Paris 45 000 Delegierte gemeldet waren und dass im Rahmen solcher Abkommen eine gigantische Maschinerie in Gang gesetzt wird, die man kaum mehr kontrollieren kann. Das muss doch mindestens zu denken geben.

Wir wissen ja auch oder sollten es zumindest wissen, dass jeder, der nur ein einziges Mal die Kurzstrecke von der Schweiz nach London und zurück jettet, schon einen Fünftel seines maximalen klimaverträglichen Jahreskontingents an CO₂ in die Luft geblasen hat. Ich denke, ich muss Ihnen das nicht auf lange Flugstrecken hochrechnen. Eigentlich ist es schade, dass sich auch all jene, die immer wieder völlig unnütz solche Flüge absolvieren, zur Klimaerwärmung äussern dürfen. Ansonsten wäre es viel ruhiger um dieses Thema. Es ginge aber wahrscheinlich ebenso seriös zu und her.

Wer also wirklich etwas für das Klima machen will, so hiess es kürzlich in einem Artikel in unserer Tageszeitung, verzichtet in erster Linie auf Flugreisen. Ich danke Ihnen, wenn Sie sich dies zu Herzen nehmen. Das war jetzt meinerseits eine kurze Aufwärmrunde zum Thema, doch nun zum Minderheitsantrag.

60 Prozent der CO₂-Emissionen werden auf natürliche Art freigesetzt. Der Mensch verursacht 40 Prozent der Treibhausgase. Ebenso unbestritten ist, dass die Erderwärmung

ein globales Thema ist und eigentlich nur die technologische Entwicklung den GAU verhindern kann. Denn allein schon die Zunahme der Bevölkerung, unser Mobilitäts- und Reisewahn sowie das Streben nach Wohlstandssteigerung sind schwer mit dem Kampf gegen die Klimaerwärmung in Einklang zu bringen; jedenfalls ist der Technologiefortschritt viel wichtiger als solche Abkommen.

Wie eingangs erwähnt, wird gerade in diesen Tagen viel von den "guten Chinesen" und den "bösen Amerikanern" gesprochen. Aber beide handeln eigentlich in eigenem Interesse: die einen, weil sie sich hauptsächlich den Finanzierungsdiktaten entziehen und ihre eigene produzierende Wirtschaft nicht zusätzlich belasten wollen, die anderen, weil sie nicht im eigenen Dreck und an den eigenen Gesundheitskosten ersticken wollen. Denn über allem Handeln der tatsächlichen und der Möchtegern-Grossmächte steht das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Machtführerschaft. Das ist leider auch in der Klimapolitik die Realität. Nur wer die Augen ganz fest verschliesst, sieht dies nicht. Und wie anders, wenn nicht über Klimaabkommen, soll die Menschheit das schlechte Gewissen für ihr Tun beruhigen?

Die Schweiz ist nicht mächtig, aber sie steht gemäss diversen internationalen Rankings an der Spitze der innovativsten Länder der Welt. Wir haben auch einen hohen Wohlstand. Unser jährlicher Pro-Kopf-Ausstoss an CO₂ liegt trotzdem nur bei rund 4,5 Tonnen, was etwa die Hälfte des Ausstosses von Deutschland ist. Andere Länder, z. B. auch die USA, haben ein Mehrfaches davon. Dies ist deshalb so, weil wir schon sehr viel in die Umwelt investiert haben – und zwar die Wirtschaft wie auch die Bevölkerung. Wir sind hier in der Schweiz schon seit Jahrzehnten gut sensibilisiert und sehr umweltbewusst. So ist es denn wie überall: Wer etwas für ein Anliegen tut, ist auch erfolgreich.

Gute Werte und Leistungen sind dann aber um einiges schwieriger zu verbessern als schlechte. Reduktionsziele zu vergleichen ist deshalb völliger Unsinn. Mit einem Jahr hartem Training können alle hier im Saal ihre Laufzeit über 100 Meter um eine bis zwei Sekunden verbessern. Danach werden Sie für jede Zehntelsekunde Verbesserung ein Vielfaches an Anstrengungen machen müssen. Für einen tiefen Treibhausgasausstoss arbeitet die Schweiz schon jahrzehntelang hart – darum auch die sehr guten Werte im Vergleich mit anderen Industrieländern. Wenn wir uns nun also zum Ziel setzen, bis 2030 eine Reduktion von 30 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen, so braucht dies immer noch enorme Anstrengungen und verursacht hohe Kosten – zwar fast ausschliesslich für unsere Unternehmen, aber dann auch für die Haushalte.

Die kommende Entwicklung wird zeigen, ob wir diese 30 Prozent alleine im Inland oder teils mit Investitionen im Ausland erreichen. Es ist aber meines Erachtens völlig verfehlt, ein Reduktionsziel von 50 Prozent zu melden, um 40 Prozent davon mit Auslandsinvestitionen zu erreichen. Wir sollten als Schweiz keine Vorgaben machen, die grosse Investitionen von Schweizer Unternehmen im Ausland fast zur Pflicht machen. Diesen Pfeil sollte man sich höchstens in der Hinterhand behalten, wenn es mit den eigenen Anstrengungen halt doch nicht ganz reicht.

Es ist bekannt: Gemäss Referenzszenario erreichen wir das angestrebte Inlandziel von 30 Prozent mit den heutigen Massnahmen nicht. Auch sieht ja das Abkommen vor, dass die nächsten Ziele noch ambitionierter sein müssen. Wie das dann gehen sollte, ohne dass wir die Unternehmen noch häufiger aus der Schweiz vertreiben, muss mir zuerst noch jemand erklären, und zwar mit Fakten, nicht mit vernebelten Theorien. *(Zwischenruf des Präsidenten: Besten Dank, Herr Hösli! Das Wort für die ... Entschuldigung!)* Das war nur eine Pause, wie sie Herr Bundesrat Schneider-Ammann auch manchmal einlegt. *(Heiterkeit)*

Also, wir tun gut daran, heute keine Luftschlösser zu bauen, sondern weiterhin den pragmatischen und, wenn immer möglich, innovativen Weg zu gehen. Damit bleiben wir von den Treibhausgasen her bei den Industriestaaten in einer Spitzenposition. Ehre und medienwirksame Reduktionsziele, die der Wirtschaft und dem Land schaden, ohne dass sie der globalen Umwelt wirklich etwas bringen, sind der falsche

Weg. Denn wir wissen alle: Ob wir den Antrag der Mehrheit oder den Antrag der Minderheit unterstützen – auf die Erderwärmung hat dies keinerlei Einfluss, oder nur im Millionstebereich. Und weil wir bei der Reduktion von Emissionen wirklich schon gut sind, können wir auch mit meinem Antrag bzw. beim Antrag der Minderheit die Hände nicht in den Schoss legen: Spätestens bei den nächsten Gesetzesanpassungen im Sinne einer aktiven Umsetzung der Klimaziele wird uns dies einholen.

Ich bitte Sie, die Minderheit zu unterstützen, und damit wäre ich jetzt am Ende meines Votums.

Luginbühl Werner (BD, BE), für die Kommission: Derselbe Antrag lag der Kommission ebenfalls vor. Er wurde in der Kommission mit 9 zu 2 Stimmen abgelehnt. Die Gründe wurden bereits in der Eintretensdebatte von der Frau Bundespräsidentin, von mir und von anderen Referenten dargelegt. Ich will sie nicht alle wiederholen, nur so viel: Die Schweiz hat in der Klimapolitik in den letzten Jahren immer eher eine Vorreiterrolle eingenommen, und dies soll nach Meinung der Kommissionsmehrheit auch in Zukunft der Fall sein. Mit 30 Prozent Reduktion läge das Schweizer Ziel unter jenem der Europäischen Union.

Der Handlungsspielraum der Schweiz ist beschränkt, dessen ist sich jedermann bewusst. Wie kaum jemand sonst sind wir aber auch von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Wie kaum jemand sonst sind wir zudem darauf angewiesen, dass die Staatengemeinschaft handelt. Für uns als eines der reichsten Länder der Welt gibt es kaum eine Alternative, als mit gutem Beispiel voranzugehen, wenn man erwartet, dass die anderen etwas tun.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Hösli abzulehnen.

Eberle Roland (V, TG): Wir haben jetzt eine intensive Debatte gehört, die im Wesentlichen deklaratorischen Charakter hat. Wenn man die Botschaft liest, wenn man sich die ganze mediale Umgebung zu diesem ganzen Pariser Abkommen wieder vor Augen führt, so stellt man fest: Die Prägung ist Deklaration, ist Aussage, ist Feststellung. Immer wieder kommt die Zwischennote: Es ist ja nicht verbindlich. Das ist auch meine Wahrnehmung der Voten, die ich gehört habe.

Drei Stichworte sind für mich relevant, um den Minderheitsantrag Hösli zu unterstützen; ich bin auch Teil dieser Minderheit. Die Stichworte sind: Verhältnismässigkeit, Augenmass und Glaubwürdigkeit. Ich wiederhole nicht alle Informationen, die geliefert wurden. Man könnte stundenlang darüber debattieren, ob sie zutreffen oder nicht. Das ist aber nicht meine Absicht. Ich meine, wir sind gut unterwegs, wir sind auch ohne Pariser Klimagipfel gut unterwegs. Werner Hösli hat exemplarisch darauf hingewiesen, welche Leistungen die Schweizer Volkswirtschaft und letztlich auch die Bevölkerung bezüglich dieser Thematik erbringen, die sehr ernst zu nehmen ist, daran zweifle ich auch nicht.

Ich wehre mich einfach dagegen, dass wir Weltmeister im Ansagen werden. Wir sind schon Weltmeister im Umsetzen, wir sind Weltmeister in der Innovation, nach meinem Dafürhalten ohne entsprechende überzogene Zielsetzung. Ich lasse mich dann gerne an den Taten messen und nicht an den Worten. Wir neigen in unserem Parlament dazu, auch in Gesetze Ziele hineinzuschreiben, mit dem Hinweis: Wir werden dann sehen, ob wir sie erreichen können oder nicht. Ich möchte jetzt nicht die ganze Energiedebatte wiederholen, aber das betraf ja auch so ein Thema, das eigentlich in der gleichen Schublade versorgt werden könnte.

Kollegen, die eine andere differenzierte Meinung als die eigene als hinterwäldlerisch oder als wenig intelligent bezeichnen, disqualifizieren sich nach meinem Dafürhalten selber. Ich muss das nicht kommentieren. Ich glaube aber, es ist legitim, dass man auch Vorlagen wie diese kritisch hinterfragt und entsprechend Zielsetzungen formuliert, welche dann auch tatsächlich angestrebt werden können.

Die Taten sind es, die wir dann zum Mass machen. Ich erinnere an die letzte Kommissionssitzung der UREK, in der wir das Kels, also das Klima- und Energielenkungssystem, ohne Gegenstimme versenkt haben. Das wäre eine konkrete Massnahme gewesen, um diese Klimaziele auch tatkräftig

zu erreichen. Ich bin gespannt auf die Debatte in der Kommission, aber auch im Plenum, wenn es dann um die CO₂-Gesetzgebung geht. Dort wird es dann substanziell, und wir werden uns auch dort die Frage stellen müssen: Guter Wille ja, aber glauben wir an eine solche Umsetzung? Wenn wir die Erfahrung des CO₂-Emissionszertifikatehandels z. B. in der EU zu Hilfe nehmen, so stellen wir fest, dass diese Mechanik einfach nicht funktioniert. Das ist nicht böser Wille, es ist einfach eine Tatsache, dass sie nicht funktioniert. Wir werden beim CO₂-Gesetz die Debatte führen, ob es richtig ist, unserer Schweizer Volkswirtschaft die entsprechend sehr hohen Belastungen zuzumuten – ich bin versucht zu sagen: "sie damit zu bestrafen" –, im Wissen darum, dass es dann nicht funktionieren wird. Das sind Nachteile für unsere Wirtschaft, die das ja alles finanzieren muss, und wir müssen uns überlegen, ob wir das machen wollen oder nicht.

Das ist meine Begründung dafür, dass ich meine, es sei sinnvoll, wenn wir ein Reduktionsziel formulieren würden, das wir auch tatsächlich erreichen könnten. Das hat nicht mit schlechtem Willen zu tun, sondern mit einer realistischen Lagebeurteilung nach meinem Dafürhalten; andere machen andere Lagebeurteilungen, das ist legitim. Aber eine pragmatische Umsetzung des Abkommens, wie sie Kollege Vonlanthen fordert, bedeutet auch eine pragmatische Ausgangslage und eine Lagebeurteilung, die auf Pragmatismus beruht. Deshalb bin ich der Meinung, ich persönlich lasse mich lieber an Zielen messen, die ich auch erreichen kann, als an solchen, die zwar gut tönen, die aber mit einem vernünftigen Aufwand mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden können.

Ich erinnere hier ans Paretoprinzip, das besagt, dass 80 Prozent der Leistung mit 20 Prozent des Aufwandes erreicht werden können und die letzten 20 Prozent dann 80 Prozent der Ressourcen konsumieren werden. Das ist eine Anlehnung an dieses Prinzip, das auch statistisch bewiesen werden kann. Ich stelle mir die Frage, ob wir diese 80 Prozent Aufwand, die wir generieren werden, tatsächlich konkret umsetzen und wirksam machen können und ob sich dieser Aufwand dann tatsächlich rechnet oder nicht.

Deshalb bitte ich Sie, die Minderheit Hösli zu unterstützen und bei der Zielsetzung 30 Prozent festzusetzen. Damit sagt man nicht Nein zum Pariser Klimaabkommen. Damit sagt man nicht Nein zu all den in Voten geäusserten Bedenken und Besorgnissen in Bezug auf das Weltklima. Wir bleiben nach meinem Dafürhalten aber glaubwürdig, indem wir Ziele formulieren, die wir auch erreichen können. Auch die Erreichung dieses Ziels wird uns noch einiges abverlangen. Diesbezüglich bin ich sehr optimistisch, dass die Schweizer Wirtschaft im Bereich der Innovation von Green Technology auch mit einem Reduktionsziel von 30 Prozent ihre Rolle spielen und ihre Leistung beibringen kann.

Ich bitte Sie deshalb, hier den entsprechenden Minderheitsantrag zu unterstützen.

Noser Ruedi (RL, ZH): Die beiden letzten Voten haben mich jetzt doch noch dazu gebracht, mich rasch auch noch zu Wort zu melden. Herr Hösli kritisiert dieses Abkommen und die Art, wie es zustande gekommen ist. Dann wurde gesagt, es sei deklaratorisch, nichts daran sei verbindlich. Ich bin nicht ganz sicher, ob das nicht ein Gottesdienst ist, den wir hier drinnen abhalten. Ich würde hier drinnen gerne eine Diskussion führen, wenn verbindlich wäre, was wir dazu sagen – diese Diskussion wäre dann noch etwas anders.

Herr Eberle hat am Schluss die Kurve eigentlich sehr gut geschafft, er hat nämlich von Pragmatismus gesprochen. Das braucht es auch. Wir müssen halt auch diese internationalen Organisationen pragmatisch so nehmen, wie sie sind; wir können sie nicht verbessern. Ich kann die bestehende Welt nicht mit einer anderen Welt auswechseln, und vermutlich – die Frau Bundespräsidentin wird uns das sagen – wird dies auch nicht das letzte Abkommen sein. Aber was man klar und deutlich festhalten muss, ist, dass es vom letzten zu diesem Abkommen einen Fortschritt gegeben hat. Es gibt zwei, drei Mechanismen, die für die Schweiz sehr interessant und gut sind.

Ich komme jetzt zu dem, weswegen ich mich eigentlich gemeldet habe: Am 30. Mai hat US-Präsident Trump getwittert, dass die USA das Pariser Abkommen aufkündigen würden. Am 30. Mai wurde das erste Mal weltweit eine Anlage in Betrieb genommen, die CO₂ aus der Luft herausfiltert. Diese Anlage steht im Zürcher Oberland, sie wurde dort in Betrieb genommen. Ich bin gespannt, ob man sich in zehn Jahren an Trumps Tweet oder an diese Inbetriebnahme erinnern wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eben auch sagen, was die Schweiz für einen Beitrag leistet. Wir haben eine ganz hervorragende Forschungsinstitution, wir haben einen ganz hervorragenden Finanzplatz, und wir haben ganz viel Infrastruktur sowie Innovation, die wir der Welt zur Verfügung stellen können, um das Problem des Klimawandels auch zu lösen. Wir können darauf zum Beispiel auch einen neuen Wirtschaftszweig aufbauen. Kollege Vonlanthen hat es vorhin gesagt: Die USA haben sich mit der Kündigung auch aus einem Markt herausgenommen. Es geht um Möglichkeiten, die wir haben: Wir leisten also einen Beitrag, der weiter geht als die Diskussion über die Isolation von Häusern.

Ich erwarte einfach, dass im Rahmen des CO₂-Gesetzes dann auch dieser Teil drin ist, dieser innovative, forschungsintensive Beitrag für die Welt. Denn ich stimme mit den beiden Kritikern überein, wonach das CO₂-Problem ein weltweites Problem ist und der Beitrag, den wir in der Schweiz leisten – nebst dem Vorbildcharakter –, nicht einen allzu grossen Einfluss hat. Aber es braucht auch den Vorbildcharakter, das möchte ich auch klar und deutlich sagen.

Aber auf der anderen Seite sind die Innovationschancen inbegriffen, und es gibt die Abmachung zur Frage, wie die CO₂-Emissionen, die man in anderen Ländern einspart, am Schweizer Ziel angerechnet werden usw. – dies sehe ich als riesige Chance für die Diskussion an. Ich erwarte eine andere Diskussion zur CO₂-Gesetzgebung als in der Vergangenheit. Ich bin sehr gespannt, was uns der Bundesrat vorlegen wird. In diesem Sinne bitte ich Sie klar, für die Mehrheit zu stimmen.

Leuthard Doris, Bundespräsidentin: Natürlich darf man über dieses Ziel sprechen. Man darf auch sagen, wir seien zu ambitioniert oder wir hätten ein zu hohes Ziel. Das ist legitim. Aber es ist ja nicht einfach willkürlich gesetzt. Es basiert auf den Ergebnissen der Wirtschaft, des Nichtstuns, und es ist dann auf die Schweiz umgerechnet. Das hat sich nicht der Bundesrat aus den Fingern gesogen, sondern es entspricht den Umlegungen, wenn man das internationale Ziel von zwei Grad Celsius – respektive noch besser: unter zwei Grad Celsius – erreichen will. Das bedeutet halt für die Schweiz: Auch wir sind gefordert.

Wir sind zu 70 Prozent ein Dienstleistungsland. Deshalb sind unsere Werte auch sehr tief. Wenn wir umgekehrt 70 Prozent Industrie hätten, dann würde unsere Statistik anders aussehen. Je weniger Industrie wir in der Schweiz haben, desto weniger CO₂-Emissionen haben wir. Das ist eine logische Folge. Wir haben uns in unserer Struktur verändert. Aber ausgerechnet die Wirtschaft – das sage ich der Minderheit – hat dieses Ziel ja unterstützt. In der Vernehmlassung waren zwei Drittel der Vernehmlassungsteilnehmer dafür, darunter unter anderem auch Economiesuisse, der Gewerbeverband und Swissmem.

Im Bereich Cleantech haben wir weltweit und auch für die Schweiz Wachstumsfaktoren und -prognosen von jährlich 5, 6 Prozent. Die Industrie wäre froh, wenn sie solche Wachstumszahlen hätte. Im Bereich Cleantech geht tatsächlich die Post ab, weil weltweit alle mit Klimaveränderungen, Luftverschmutzung usw. konfrontiert sind. Er ist ein Wachstumsmarkt. Deshalb ist es doch gerade für ein Hightech-Land, für ein Innovationsland wie die Schweiz nicht nur gut, die eigene Verletzlichkeit einzudämmen, sondern es ist auch gut, Forschung und Entwicklung dorthin zu bringen, wo die Post abgeht, wo wir Geld verdienen und wo wir Arbeitsplätze sichern. In Paris hat das die damalige US-Administration als das grösste Innovationspaket der vergangenen Jahre bezeichnet. Sie hatte Recht; es passiert extrem viel an Innovation. Sie können jetzt sagen: Wir machen das, was wir ohnehin erreichen. Also, wenn Sie als CEO einer Firma sagen, dass Sie das ma-

chen, was Sie sicher erreichen, dann können Sie eigentlich gerade abdanken. Damit ermuntern Sie also gar niemanden, mehr als das Nötige zu tun und die erwähnten 100 Meter trotzdem vielleicht eine Sekunde schneller zu laufen. Dann passiert gar nichts.

Das ist in der Politik doch nicht anders. Wenn wir uns nur das als Ziel setzen, was wir ohnehin erreichen, dann können wir eigentlich gleich nach Hause gehen, dann braucht es uns gar nicht. Da bin ich eben überzeugt, dass auch ein Staat Ambitionen haben muss. Sie wollen manchmal mehr sparen als der Bundesrat, Sie wollen manchmal auch mehr ausgeben als der Bundesrat, aber wir haben Haushaltziele. Wir haben Ziele punkto Sicherheit, Ziele punkto Altersvorsorge, Ziele, wie viel wir für Forschung und Entwicklung ausgeben, wir haben Energieziele, und wir haben Klimaziele.

Als ich hier das geltende CO₂-Gesetz verteidigen musste, hat man auch gesagt: 20 Prozent Einsparung bis 2020, das ist nicht erreichbar, das ist völlig illusorisch! Wir werden das erreichen. Jetzt kann man wieder sagen: 30 Prozent Reduktion ist völlig illusorisch, das erreichen wir doch nicht! Also nur schon weiterzufahren wie bisher wird ja dann mehr als diese 20 Prozent Reduktion geben.

Im Antrag der Minderheit Hösli steht ja auch "30 Prozent". Ich nehme an, das ist ein reines Inlandziel, Herr Hösli, weil Sie ja gesagt haben, dass Sie ausländische Aktivitäten hier nicht unterstützen möchten. Dann sind Sie aber auf dem gleichen Niveau wie der Bundesrat, einfach mit der anderen Weltanschauung, dass uns das Klima ausserhalb der Schweiz nichts angeht und wir nur das machen, was für die Schweiz relevant ist. Das ist ein Unterschied in der Weltanschauung. Aus meiner Weltanschauung und jener des Bundesrates folgt: Wir haben immer kooperiert; die Schweiz ist so klein, wir sind überall auf Marktzugang angewiesen, auch auf die Märkte im Klimabereich. Unsere Unternehmen, die ihre Produkte auch in diesem Bereich verkaufen wollen, brauchen Kooperation, Marktzugang. Insofern haben wir hier eine andere Ansicht als die Minderheit Hösli.

Einfach ist das sicher nicht. Aber im Bereich gerade des Verkehrs – das ist ja ein grosser Emittent – wissen wir, dass sich das Verhalten der Menschen verändert. Es verändert sich die Technologie, und sie wird uns sehr helfen, hier weiterzukommen. Im Gebäudebereich haben wir Massnahmen mit den Kantonen getroffen. Sie befinden sich in der Umsetzung, das läuft dort sehr gut. Ich bin überzeugt: Das wird uns bis 2030 helfen, diese Ziele zu erreichen.

Ich glaube, ein bisschen Ambition schadet auch der Politik nicht. Ein bisschen Mut und ein bisschen Glauben an den Fortschritt braucht ein Land. Ansonsten wird man zum Mittel-mass. Die Schweiz wollen wir immer bei den Besten haben, in jedem Bereich. Das gilt auch für das Klima. Deshalb bitte ich Sie hier, der Mehrheit zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 38 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 5 Stimmen
(1 Enthaltung)

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhärenz à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble (namentlich – nominatif; 16.083/2021)

Für Annahme des Entwurfes ... 39 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen
(2 Enthaltungen)

16.410

Parlamentarische Initiative

Vonlanthen Beat.

RTVG.

Diskriminierungsfreie Kooperationen

Initiative parlementaire

Vonlanthen Beat.

LRTV.

Coopérations non discriminatoires

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 07.06.17 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, erste Vizepräsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt mit 7 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative keine Folge zu geben.

Français Olivier (RL, VD), pour la commission: Par voie d'initiative parlementaire, Monsieur Vonlanthen a demandé le 15 mars 2016 de compléter la loi fédérale sur la radio et la télévision, plus précisément son article 29 alinéa 2bis lettres a et b. L'objectif visé est que les coopérations de la SSR avec d'autres entreprises de médias contribuent à renforcer la diversité des opinions et de l'offre, et que toutes les entreprises de médias suisses intéressées puissent y participer aux mêmes conditions et sans subir de discriminations.

La motivation de l'auteur de l'initiative est due à la création récente de la coentreprise Admeira, laquelle réunit la SSR, Swisscom et Ringier et qui propose à ses partenaires d'établir une plate-forme publicitaire commune. Monsieur Vonlanthen redoute les conséquences négatives de cette structure pour l'ensemble du paysage médiatique suisse et se fait le rapporteur des entreprises de médias qui ne sont pas associées à la coentreprise et qui craignent que la diversité des médias soit menacée. En effet, l'utilisation des données relatives aux clients de Swisscom constituerait, d'après l'auteur de l'initiative, une menace directe pour les recettes publicitaires des journaux régionaux. Aussi, celui-ci demande par voie d'initiative de définir les conditions générales pour garantir l'établissement de coopérations non discriminatoires. Rappelant le devoir de la SSR à l'égard des médias privés d'encourager la diversité des médias et de l'offre, Monsieur Vonlanthen estime que toutes les entreprises et médias intéressés à la coentreprise Admeira devraient pouvoir y participer aux mêmes conditions et sans subir de discriminations, et qu'il faut trouver une forme d'organisation adéquate, telle que la société coopérative ou l'association. De plus, l'auteur de l'initiative estime que la mise en oeuvre de la coentreprise ne devra intervenir qu'une fois remplies les conditions générales inscrites dans le présent article.

Il est à relever que deux interventions parlementaires qui traitent sur le fond de la même thématique ont été déposées, à savoir l'initiative parlementaire Rutz Gregor 15.495, "Activités non prévues dans la concession. Ne les autoriser qu'en cas d'impérieuse nécessité", et l'initiative parlementaire Hiltbold 16.422, "Garantir la diversité médiatique en Suisse". Ces initiatives ont fait l'objet d'une appréciation de notre commission. Toutefois, le Conseil national n'a traité l'initiative parlementaire déposée par Monsieur Rutz que lors de la présente session; de plus, les deux textes figureront à l'ordre du jour de notre conseil lors de la prochaine session d'automne. La commission a examiné avec attention l'initiative parlementaire qui nous occupe aujourd'hui dans le cadre de quatre de ses séances ayant eu lieu entre septembre 2016 et mai 2017. Elle a notamment entendu à ce sujet les représentants de la société de commercialisation Admeira, puis ceux de l'association Médias suisses et de Goldbach Group AG. Ces auditions ont permis d'une part d'apprécier les attentes des